

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei seiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Postband 3,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2505 und 2506.

Interate folgen die schlagzahl. Unpostzahlige oder deren Raum 40 Pf. „Meine Ausgaben“ des Verlagspreis 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszulage 50 %. Bei Familien- und Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9769.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen ungerechte Gebietsregelung.

Der Kampf um Danzig.

Amsterdam, 30. März.

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt: Die Erfahrung zeigt, daß ungerechte Gebietsregelungen letzten Endes demjenigen, von dem sie ausgehen, weder Schutz noch Nutzen bringen. Die deutsche Republik der Zukunft wird, wenn sie gerecht und mit Würde behandelt wird, noch ein friedliches und verständigendes Mitglied der europäischen Staatenfamilie werden. Wir sollten es uns doppelt und dreifach überlegen, ob wir eine solche Entwicklung unmöglich machen sollten.

Paris, 30. März.

„Temps“ schreibt: Die alliierten und assoziierten Regierungen scheinen den Entschluß gefaßt zu haben, über die deutschen Ansprüche zur Tagesordnung überzugehen und nötigenfalls die Landung der polnischen Truppen in Danzig mit Gewalt durchzuführen. Immerhin würde dieses Vorgehen in ihrer Auffassung nicht notwendig eine Vereinigung Danzigs mit Polen in sich schließen. Ein solches Vergehen der polnischen Grenze scheinen die Alliierten dazu zu neigen, rund um Danzig einen neutralen Staat zu schaffen, um eine Vereinigung dieses Teiles der Küste sowohl mit Deutschland wie mit Polen zu vermeiden.

Die Drohung des französischen Regierungsorgans mit der gewaltsamen Landung in Danzig steht in schroffem Widerspruch mit der Haltung der französischen Regierung, die die Danziger Frage auf dem Wege weiterer Verhandlungen zu lösen sucht. Der Hinweis auf den Plan einer neutralen Staatsgründung rund um Danzig scheint ein Hülfsmittel zu sein, um auf dieser Basis eine Kompromißlösung zu finden.

Keine französische Expedition gegen Rußland.

Paris, 29. März (Reuters)

In der Kammer wurde der sozialdemokratische Antrag, die Exekutive im zweiten Quartal des Jahres 1919 auf zehn Millionen Francs herabzusetzen, mit 362 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung nicht für eine Expedition nach Rußland ist, und daß kein Mann mehr dahin geschickt werden wird. Die Politik der Alliierten gegenüber Rußland sei die, Polen, Rumänien und den baltischen Staaten Unterstützung gegen den Bolschewismus durch Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Vorräten zu geben.

Die ungarische Revolution.

(Privattelegramm der „Freiheit“)

Budapest, 30. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, erläßt der Präsident des Volkskongresses der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, einen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten aller Länder, in dem er sie auffordert, sich mit dem ungarischen Proletariat solidarisch zu erklären und es nach Möglichkeit zu unterstützen. Er wendet sich vor allem an die Arbeiter und Soldaten Frankreichs, die er beschwört, sich nicht gegen die junge ungarische Räterepublik ins Feld führen zu lassen, sondern die Waffen gegen die eigene imperialistische Regierung zu wenden.

Die vorläufige Räteverfassung.

Budapest, 29. März.

„Boerens Ulfag“ meldet über die vorläufige Verfassung: Die Angelegenheiten des Landvolkes werden von Räten, diejenigen der Städte städtische Räte erledigen. Aus den Delegierten der Räte der Dörfer und Städte werden Räte der Bezirke und Komitate und aus Delegierten der Städte und Komitate die Landesversammlung der Räte gebildet werden. Diese Landesversammlung wird die gesetzgebende Körperschaft der ungarischen Sowjetrepublik sein. Das aktive und passive Wahlrecht erhalten alle arbeitenden Männer und Frauen über achtzehn Jahre. Die Soldaten der Roten Armee erhalten gleichfalls das Wahlrecht, ebenso die hier wohnenden Ausländer, welche gemeinnützige Arbeit verrichten. Von der Beteil-

igung an den Staatsverträgen ist jeder ausgeschlossen, der sich in diese neue Ordnung nicht einfügen und ohne Arbeit leben will.

Hochverrat des Bürgerturns.

Wien, 30. März (Korr.-Bureau.)

Aus Prag wird gemeldet, daß dort die Nervosität der bürgerlichen Klassen wegen der tschechischen Regierungen in der Arbeiterklasse zunimmt und dort den Wunsch nach einer Intervention der Entente in der Tschechoslowakei rege macht. Eine Schilderung dieses Zustandes gibt Abgeordneter Stabin in einem Beitrag in „Pravda“, in welchem er die von der bürgerlichen Presse gegen seine Person betriebene Aktion bespricht und feststellt, daß das georgianische Bürgerturn zu allem ißig ist, auch dazu, in der Tschechoslowakei eine militärische Diktatur über die tschechischen Länder zu betreiben. In derselben Nummer stellt das Blatt mit Bezug auf die tägliche Bedrohung Stabins in Budweis die Anwendung des Gegenkurses gegen den bürgerlichen Terrorismus in Aussicht.

Die Verhaftung Däumigs.

Wie wir erfahren, ist der Haftbefehl gegen den Genossen Däumig schon vor 14 Tagen erlassen. Man hat Däumig während der letzten 2 Wochen in Berlin angeblich nicht finden können. Erst nachdem Däumig ein Mandat zum Kätekongress erhalten hatte, war es der Polizei möglich, seine Verhaftung herbeizuführen.

Däumig wird beschuldigt, zusammen mit Ledebour die Januarunruhen hervorgerufen zu haben. In dieser Beschuldigung ist kein wahres Wort. Der Verteidiger des Genossen Däumig und Ledebour, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, hat die sofortige Haftentlassung Däumigs beantragt und sich auf das Zeugnis sämtlicher Mitglieder des Volksrates, insbesondere auch der Rechtssozialisten, zum Beweise dafür berufen, daß Däumig mit den Januarunruhen nicht das geringste zu tun gehabt hat. Hoffentlich findet das Gericht Zeit, die Mitglieder des Volksrates sofort zu vernehmen, damit Däumig noch heute aus der Haft entlassen werden kann.

Die Sozialisierung der bayerischen Presse.

München, 31. März.

Zur Erörterung der Frage der Sozialisierung der bayerischen Presse kamen am Sonntag Vertreter des Zentralwirtschaftsausschusses am Sonntag Vertreter des Zeitungswesens und Schrifttums, sowie der kaufmännischen und technischen Anstellungen des Zeitungsgewerbes im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammen, wobei der Leiter des neuen Zentralwirtschaftsausschusses Dr. Neuraß die Komplexität der Sozialisierung der bayerischen Presse darlegte; es soll zunächst den Presseorganisationen überlassen werden, mit eigenen Reformvorschlägen hervorzutreten.

Der Bergarbeiterstreik im Saarrevier.

Saarbrücken, 30. März.

Nach achtzehntägiger Verhandlung wurden zwischen dem Leiter des französischen Grubenkontrolldienstes und den Arbeitervertretern Abmachungen getroffen, auf Grund derer diese zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag auffordern. Die Ausnahmestellung im Saarrevier kann damit als beendet angesehen werden. Der französische Aufsichtsdienst wird die Denkschrift der Organisationen über die Notwendigkeit des Achtstundentages der französischen Regierung weitergeben unter Berücksichtigung über die vorliegenden Umstände. Die Arbeiter erhalten Lohn-erhöhungen. Zur Verbilligung der Zuschläge sind Mittel von der bisherigen monatlichen Zuschlag von 600 000 Mark um 350 000 Mark erhöht worden. Die Bergwerksdirektion wird sich ferner an dem geplanten Unternehmen zur Verbilligung der Lebensmittelpreise im Industriegebiet in der gleichen Weise wie die belgische Industrie beteiligen. Bezüglich der Inhaftierten wird der Aufsichtsdienst sich für Strafmilderung bzw. baldige Freilassung einsetzen. Die Bergwerksdirektion berichtigt Wahrge-lungen aus Anlaß des Streiks zu unterlassen. Die Vereinbarungen sind nur dann bindend, wenn die Bergwerksdirektion am Montag, den 31. März, die Arbeit wieder aufnehmen.

Der Erfolg der Pogromheke.

Ein Dokument der Unmenschlichkeit.

Wir veröffentlichen im Nachstehenden einen Brief der einen traurigen Einblick eröffnet in eine Seelenverfassung, in der denn jene Scheußlichkeiten verübt werden konnten, von denen wir so sehr gewöhnt hätten, daß sie in der menschlichen Gesellschaft nicht mehr möglich seien. Der Brief, den wir ohne jede Färbung wiedergeben, lautet:

Am 16. 3. 19 erschien in Ihrer Zeitung eine Notiz über Erschießungen am 13. 3. von 8 Männern im Hofe des Oshobahofes durch freiwilligen Eskadron der II. Schwadron des Husarenregiments 8. Als Teilnehmer an dieser „Mordtat“ wie Sie ja unsere Handlungen mit Vorliebe nennen, muß ich doch ganz entschieden Protest dagegen einlegen, als hätten wir die Leute ermordet. Diese Kerls sind mit Waffen in der Hand von uns gefangen genommen worden und haben ihre gerechte Strafe erhalten, nur bedauern wir Kameraden alle, daß diese drei Kerle nicht erschossen wurden, da wir Soldaten wie Herr Major wollten, aber unser Oberst. Strud ließ es leider nicht zu, wie wir es machen wollten, hätten wir unsern Willen bekommen, so wären diese Verbrecher nicht nur auf dem Wiskhausen krepiert, sondern wir hätten ihnen vielleicht erst sämtliche Knochen einzeln gebrochen und dann erst auf den Wiskhausen geworfen; auch hat Ihnen das nicht gepaßt wie wir mit Vater und Sohn in der Falkenheidestraße an der Oberbaumbrücke umgegangen sind; haben Sie schon mal darüber nachgedacht, wie Ihr Anhängsel und die Kommunisten mit unsern Kameraden umgegangen sind, bevor wir das Standrecht hatten? Für uns Soldaten war es ein Segen, daß das Standrecht kam, konnten wir und doch noch nach Regeln der Kunst an diesen Proletarierbanden rächen, was wir auch in Zukunft noch viel schlimmer und gemeiner tun werden, wir warten mit Schmerzen darauf, daß es bald wieder los gehen wird, denn am 20. 3. habt Ihr wohl noch nicht den „Mut“ dazu gehabt, wir waren aber bereit. Wenn man so täglich diese Organe in Ihrer Zeitung liest, steigt einem die Schamröde ins Gesicht, wie so ein Geschrei bei uns nur möglich ist, daß Roske nicht schon lange Euerer Rude hat schlafen lassen, vielleicht rafft sich bald unser Division-Garde-Kab. Schützen Div. dazu auf. Nach Euerer Meinung sind die Matrosen hingerichtet worden, wir denken anders darüber, wenn uns diese Brut in die Hände gefallen wäre, dann wäre vielleicht keiner davon noch Mordel gekommen, wir hätten sie alle mundtot gemacht, mit solchen Leuten können auch nur Leute der Freiheit mitleid haben, ein denkender Mensch hat mit so einem Pack kein Erbarmen und daß kann ich Ihnen versichern, kommt es noch einmal soweit, dann räumen wir noch ganz anders auf, als das letzte mal, wenn Ihr jeden Fall wissen würdet, wo wir auf dem Dönhofsplatz gelacht haben, da würden Sie noch ein ganz anderes Gesicht machen. Auch haben Sie behauptet, es hätten sich 2 Kameraden von uns geirrt, an den Erschießungen an der Oberbaumbrücke teilzunehmen, das ist nicht wahr, es waren zehn Mann und acht sollten es nur sein, da mußten zwei zurücktreten, aber als wir anders schossen, da sprangen die beiden Kameraden mit Freunden wieder heran und knallten mit, es gab für uns keine schönere Freude, als diese Bande von Heher zusammenzuknallen. Das ist die Stimmung, die ich Ihnen eben schildere, bei den 8 Husaren, auch besetzen wir nicht nur aus Offizieren und Studenten, sondern auch viele organisierte Arbeiter finden sich darunter, von denen der Briefschreiber auch einer ist.

Wir haben am Sonnabend im Pshorrevier an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche einen Vortrag, vielleicht führen Sie sich dann mal von unserer Stimmung, wie stehen treu zu Roske und zu Lindenburg, noch eine viel größere Ehre ist uns wiederfahren, wir sind jetzt dem General Lettow-Vorbeck unterstellt worden, dem Panne, dem Sie am meisten anpöbeln, aber bekanntlich prallen diese Knödelchen von so einem unabhängigen Wesen, wie Ihr es sein mag, nicht ab, und wenn Ihr noch soviel Untersuchungsfontänen einleitet, und wird es wenig ausmachen. Sie haken sich ja nur an unsere Worte, aber doch Ihre der Verantwortung dafür tragen müßt, daß habt Ihr noch nicht begriffen. Unser Genosse Deine leuchtet es Euch täglich, auch in Weimar wird es täglich gesagt, aber alles umsonst, wenn Ihr nicht Ideen wollt, dann müßt Ihr eben fühlen, wesentlich wird der Belagerungszustand noch lange nicht aufgehoben, denn wie sind über Ihre Treiben besser unterrichtet, als Sie denken. Ein Angehöriger der 8. Husaren von der 2. Schwadron Rua Berlin, Strud.

Ihr werdet wohl nicht den Mut finden, auf diese Zeiten zu antworten.

Vier Jahre eines schrecklichen Krieges waren nötig, um dieses Dokument zu produzieren, eines Krieges, in dem die unglücklichen Teilnehmer systematisch zur Robe, Grausamkeit, Erbarmungslosigkeit erzogen worden sind, wo das Töten zur Selbstverständlichkeit geworden, wo der Anblick von Todesqualen kaum mehr Neugierde erregte, wo die modernen Kampfmittel, die Bomben, Giftgase, Flammenwerfer Verstümmelungen und Verblütlungen der Menschenkörper erzeugten, gegen die Folterungen des Mittelalters harmlos verbliesen.

Diese Erziehung hat ihre Früchte getragen, und solche Menschen, wie der Briefschreiber einer ist, wandeln unter uns! Und solche Menschen sind heute nicht etwa unheimlich. Sie werden wieder bemerkt, werden wieder losgelassen! Die Besinnung der Weltlichkeit, die man den Soldaten gegen die „Feinde“ einzuschärfen versucht hat, wird wieder gepflegt, und man sucht sie zu benutzen gegen den inneren Feind. Das rachsüchtige Wort, Gefangene werden nicht gemacht, das man offiziell stets ableugnete, als es sich um Engländer handelte, das wird jetzt die offizielle Parole, die der Sozialdemokrat Rasse gegen den inneren Feind ausgießt. Diese Parole wird noch aus eigener Machtvollkommenheit durch die Garde-Schützen-Kavallerie-Division verkörpert, deren Führer den Kampf gegen den inneren Feind als verstärkte Fortsetzung des Krieges betrachtet. Und ein Justizminister findet sich — der Sozialdemokrat **S e i n e** —, der das alles billigt und schließt!

Wir wollen nicht verallgemeinern. Das Gefühl sträubt sich dagegen, den Typus, den der Briefschreiber darstellt, als einen sehr verbreiteten anzusehen. Man mühte sich ja sonst schämen, ein Deutscher zu sein, und nur die Reventlow und seine allein dürften sich noch mit Stolz Deutsche nennen. Aber vereinzelt ist dieser Typus nicht, davon legen die begangenen Untaten grauenvolles Zeugnis ab.

Und deshalb ist es so unerantwortlich gewesen, daß diese bösen Instinkte durch die Voprombehe der Rasse und seine, durch die Schreiber der „Deutsche Tagesztg.“, der „Täg. Rundschau“ und nicht zuletzt auch des „Vorwärts“ angefeuert und gegen politische Gegner ausgeübt worden sind.

Der Brief ist eine ernste Warnung. Nicht für uns. Uns sagt er nichts Neues. Wir kennen die Stimmung, die gegen uns erregt worden ist. Wir wissen, daß nicht nur Soldaten so reden. Wir kennen Gespräche und Unterhaltungen von Offizieren, die in etwas anderer Sprache denselben Geist erkennen lassen. Sie unterhalten sich davon, wie es das nächste Mal über die Unabhängigen hergehen werde, und vor allem über die „Freiheit“. „An die Wand stellen!“ ist das Wort, das in diesen Unterhaltungen immer wiederkehrt.

Wir können das nicht ändern. Aber wir meinen, daß diese Dinge doch diejenigen etwas nachdenklich machen sollten, die immer wieder die Herstellung von Gleichheit und Ordnung fordern, die behaupten, Vorkämpfer der Demokratie zu sein und nur das Recht des Volkes zu schützen.

Sie sind es, die über uns eine Gewalt- und Willkürherrschaft heraufgeführt haben, die der Geist beherrscht, der aus dem Briefe spricht. Heute noch mögen sie meinen, die Ruhehüter des Nordinstinktes zu sein. Aber morgen? Meinen sie wirklich, sich auf die Gewehre verlassen zu können, die dieser Geist dirigiert?

Das Erwachen der Arbeiterchaft.

Aus den Kreisen der Berliner Arbeiterkäte wird und in E. gungung unseres Kritikers über die Delegiertenwahl zum Nationalkongress geschrieben:

Die Kandidatenliste der Reichspartei weist keinen Namen der die bisherige Fraktionspolitik vertretenden Genossen, wie Straßer, Lüdeman und Franz auf. Wir, die wir bekannt ist, ist in der Fraktionslösung der S. P. D. gegen die genannten Führer, die sich bereits selbst als Kandidaten aufgestellt hatten, Oppositon entstanden. Diese Tatsache beweist, daß innerhalb der

Der H 2 3.

Novelle von Maxim Gorki.

Im grauen Altertum lebte ein mächtiges Volk. Seine An siedelungen wurden auf drei Seiten von unüberwindlichen Ur waldern begrenzt, während auf der vierten eine Steppe ihren Horizont entfaltete — so weit, so endlos weit...

Es war ein kräftiger Menschenstamm, lebensfröhlich und lähn und mit seinem Loh zufrieden. Vermutlich eine Art Zigeuner. Doch eines Tages wurde ihr so edliches Glück durch ein Ereignis gestört: ein fremder Stamm fiel in ihr Land ein und brante sie tiefer in den Wald... dort, wo Nebel walteten und Sumpfe gurgelten. Es war ein Urwald, und das Geschick verwickelte sich so eng, daß es den Ausblick zum Himmel verdeckte und die Sonnen strahlen das dicke Blättermeer kaum zu durchdringen vermochten. Doch sobald die Strahlen auf die stehende Gewässer fielen, ent standen so ungesunde Dünste, daß die Menschen einer nach dem andern dahinsinken. Da legannen die Frauen und Kinder zu jammern und zu wehklagen, und die Männer hingen düsteren Gedanken nach. Man mußte auf dem Wege hinauskommen versuchen, und dazu gab es nur zwei Wege: Entweder zurück... um in die Hände böser, stark-Feinde zu fallen, oder aber geradeaus... dort, wo die uralten Baumriesen, deren knoten artige Burgen einen festen Halt in dem weichen, morastigen Erdreich gefaßt, sich mit mächtigen Ästen und Zweigen innig umschlangen...

Regungslos und schweigend — wie aus Stein gehauen — stan den diese Bäume am Tage in dümmendem Halblicht da, und abends bei den leuchtenden Nachtskimmern war es, als wollten sie die Menschen noch enger umschlingen. Doch wenn der Wind über die hohen Baumkronen hinweg und der ganze Wald erschauerte in einem schweren, dumpfen Rauschen... dann wurde das unheim liche Grauen noch härter, und es war, als drohe er und läge das Totenlied dem Volke, das schweigend in ihn gestöhnt...

Alein es waren kräftige, unerschrockene Leute, und als auf den letzten Mann hätten sie lassen können im Kampfe mit denen, die einst über sie gesiegt. Allein sie konnten nicht im Streite sterben, da sie ein Gelübde getan und dieses Gelübde nach ihrem Tode mit ihnen untergehen würde. Und deshalb sahen sie da... so manche lange Nacht... und grübelten und sannern schweigend vor sich hin.

Und ein dumpfes Rauschen ging durch den Wald, und die Sumpfe hauchten ihren giftigen Atem aus...

Sie sahen da, und die Schatten der Nachtskimmern laut los im Kreise umher, und alle glaubten, nicht die Schatten lauzten, sondern die bösen Wald- und Sumpfgestirte triumphierten.

wegrennspartei bei den Arbeitern ein starker Ruf nach links eingeleitet hat. Dies dürfte vor allem auf die Haltung der Führer zur Frage der Arbeiterkäte zurückzuführen sein.

Dieselbe Erscheinung zeigte die Reichsgeneralversammlung der S. P. D. für Ostpreußen. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ übten die meisten Redner scharfe Kritik an der Politik der Regierung. In der Frage der Sozialisierung und in der Anerkennung des Rätebistems sei die Regierung erst dem Drängen der Massen gefolgt, anstatt selbst die Initiative zu ergreifen und sich dadurch eine Macht in der Arbeiterkäte zu sichern. Mit dem alten Beamtenapparat, der namentlich in den Landorten gegen uns arbeite, werde nicht aufgeräumt.

Aber auch gegen die Haltung des „Vorwärts“ richtete sich die Kritik. Er sei mehr Regierungs-, als Parteiorgan. Er habe entweder nicht den Mut oder nicht die Fähigkeit, die Massen zu führen. Er vertrete in keiner Frage eine selbständige Meinung. Die Versammlung forderte sichtlich Einderung des Parteitagess vor dem 10. Juni. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß der „Vorwärts“ Wechselseitige für Freiwilligenkorps nicht mehr aufnehmen soll. Nicht endlich ermannte sich die Mitgliedschaft und wolle diesem standstillen Treiben des „Vorwärts“ für die Freiwilligenkorps ein Ende bereiten. Aber wie zum Hohn bringt der „Vorwärts“ in derselben Nummer wiederum einige Wechselseitige. In den Händen der „Vorwärts“-Leute scheint auch das Geld der Gegenrevolution nicht zu sinken.

Reichsbürgerrat.

Im Sitzungssaal des Herrenhauses versammelten sich am Sonntag die Delegierten der Bürgerkäte des Deutschen Reiches zur zweiten Sitzung des Reichsbürgerrats. Der Geist des Herrenhauses allen Eils Schwelte über der Versammlung als am Vormittag die Fragen der Grenzmarken von vier Reichserben behandelt wurden. Der alte Nationalismus, die alten löhnden Worte von Deutschtum, nationaler Ehre usw., gemischt mit senti mentaler Nüchternheit auf die verlorene Herrlichkeit des alten Deutschen Reiches, war auch der Grundton der patriotischen Einleitungsrede des Präsidenten der Bürgerkäte, des Pastor Dr. W e i s e l von Sankt Nikolai. „Der rote Tod des Bolschewismus fähet durch die Länder“, rief er rathetisch aus und appellierte an Bürgerstolz und Bürgerbewußtsein, wobei er eine Paarung von gesundem Kapitalismus und gesundem Sozialismus als Zukunftsideal pries. Die Nachmittagsitzung, die Stellung zum Rätebistems, zeigte, wie es mit dieser Paarung aussieht, wenn die Interessengegenüber hart aufeinanderprallen. Die Meinung der Versammlung wurde in folgender einstimmig angenommener Entschicung ausgedrückt:

„Sofern eine Verfassungsänderung notwendig ist, wie sie mit den Arbeiterkäten für die Arbeiter erstrebt wird, vor allem gemäß eingerichtet werden sollte, fordert der am 30. März 1919 in Berlin verammelte Reichsbürgerrat von der Reichsregierung, der Nationalversammlung und den politischen Parteien mit aller Entschiedenheit:

„daß auch allen anderen erwerbsfähigen Bevölkerungsschichten einschließlich der freien Berufe völlige Gleichberechtigung mit den Arbeitern auf wirtschaftlichem, wie politischem Gebiet verfassungsmäßig gewährleistet wird.

„Sollte dieses berechtigige Verlangen des Bürgertums nicht auf dem Verhandlungswege erreicht werden, so wird der Reichsbürgerrat beantragen und ermächtigt, die Gleichberechtigung des Bürgertums mit allen zulässigen Mitteln, auch durch bürger lichen Generalstreik zu erreichen und zu erzwingen.“

In der Aussprache kamen die mancherlei Gegenstände inner halb der Versammlung offen zum Ausdruck, doch überwoog jene antizipalische und rätefeindliche Stimmung, wie sie Dr. Cronauer-Dresden, und Dr. Köhler-Berlin, am klarsten formulierten: „Verbrügungen nach links bringen uns nicht vorwärts.“ Wie stellt sich der Reichsbürgerrat grundsätzlich zur sozialistischen Idee? Das ist die Kernfrage! Und Cronauer antwortet: „Die Kampagne gegen den Sozialismus, das ist der Kampf, in dem sich die weichen Kreise einzig hängen.“

Der Beschluß, den Cronauer und Köhler fanden und der fest legende Widerspruch, dem der Frankfurter Delegierte, Post Legation, als er gegen diesen allzu kraffen Antizipalismus polemisierte, zeigten, wie das Bürgertum trotz Weltkrieg und Revolution

Nichts schwächt einen Mann Körperlich und geistig so wie düstere Gedanken — sie nagen am Herzen wie giftige Schlangen. Und so erstarrte ihr Geist und erlahmte ihr Wille... und durch und Bogen überkam die sonst so fester Männerherzen und seiffelten ihre kräftigen Hände. An den Leichen der vom Gift hauche des Sumpfes hinweggerasteten wehklapten die Frauen, und Angstrufe erfüllten den Waldeddom... erst zaghaft, dann jedoch immer stärker und herzzerreißender...

Und schon wollten sie dem Feinde entgegensteilen und ihm Freiheit und Leben darbringen, denn niemand mehr hatte Furcht vor dem Sklavenleben...

Doch da erreichte Danko sie alle. Er war selbst einer von den Männern. Ein schöner Jüng ling. Die Schöne aber sind immer lähn. Und er sprach zu seinen Gefährtinnen:

„Durch Nachdenken läßt sich der Sein nicht aus dem Wege räumen. Wer nichts tut, erlangt auch nichts. Was dergenden wie unsere Kräfte in düsterem Glnbrüten? Auf, erhebt euch! Wir wollen den Wald durchqueren. Wie alles in der Welt muß auch er doch ein Ende haben. Leben wie!“

„Sie blickten ihn an und erkannten, daß er besser war als sie alle, denn aus seinen Augen sprühte Kraft und lähne Entschlossenheit. „Führe du uns!“ riefen sie.

Und er führte sie. Und einmütig folgten sie ihm und ver trauten ihm. Ah, es war ein so schwerer Weg... Auf Schritt und Tritt verhängte der gutgeladene Sumpf ein Menschenopfer, und die eng verankerten Bäume und Sträucher boten fast unüber windliche Hindernisse. Lange arbeiteten sie sich so vorwärts... immer dichter wurde der Wald und immer mehr verließen sie die Kräfte. Da begannen sie über Danko zu murren und warfen ihm vor, er, der unerfahrenen Jüngling, führe sie ohne Ziel und zweck los irre. Doch frohen Mutes und festgehens Schritt er allen voran.

Endlich jagte ein Sturm über den Wald. Dampf und drohend rauschten die Bäume... es wurde so dunkel, als ob alle Kräfte, die sich von Anbeginn der Welt auf die Erde geseht, sich hier vereinigt hätten zu einem unheimlichen, bedrückenden Grauen...

Die kleinen Menschen wanderten unter den Niesenbäumen. Ein und wieder gauden sah sie Blitze... die mächtigen Bäume leugten und schaukelten sich vor dem Sturmwinde... immer häufiger und mächtiger leuchteten blaue Blitze auf... Und dann wieder schloß es, als kredien sie gepenstertall vergerete Krallen nach den Menschen aus, die vor dem Grauen der Nacht flohen, und als wollten sie die geängstigten Wesen ihrem Bereich nicht entschlüpfen lassen. Und aus dem Dunkel des Langgewölbes starrte etwas Furchtbares auf die Dahinsinkenden herab.

Da wollten sie sich verzagen. Und erschöpft und erbitert

wirklich gesonnen ist. Daran ändern alle schönen Worte nichts, die gegentllich den Arbeitern gewidmet wurden. Man will für Gleichberechtigung angeblich kämpfen, hofft aber, alle Positionen halten zu können.

Als Recht erkäht, unter dem Vorgehen gegen den Sozialis mus verberge sich doch mehr oder weniger die Sorge um den Geldbeutel, entstand große Unruhe. Andauernder Lärm und Schreie hinderten den Redner am Weiterprechen.

Man darf zwar bei der Unzufriedenheit der Organisation den Einfluß der Bürgerkäte nicht überschätzen, doch wird die en bloc angenommene neue Verfassung des Reichsbürgerrats sicher die politische und soziale Kraft der Organisation stärken. Die Arbeiterkäte muß daher aufmerksam die Vorgänge innerhalb der Bürgerkäte verfolgen. Ihrer Agitation unter der Arbeiterkäte, von deren Notwendigkeit ein Redner sprach, gegebenenfalls be gegnen und vor allem muß die unabhängige Sozialdemokratie alle Winkelzüge und demagogischen Anstiege enttühlen, mit denen diese neugeborene Bürgerbewegung Beamte, geistige Arbeiter und andere Schichten für kapitalistische Interessen einzufangen sucht. „Neuer Mittelstand“ und Intellektuelle gehören in der heutigen Situation zur proletarischen Front, wenn sie ihre Zukunftsinteressen richtig erkennen. Der neue Aufpuß nationaler Phrasen und die Redenarten vom erwachenden Bür gertum, das von seiner Hände Arbeit lebt, sind keine Heilmittel für die Schäden unserer Zeit.

Ein Erlass des Kultusministers.

Minister Harnisch hat an die Provinzialschulkollegien einen Erlass gerichtet.

Paragraph 2 des Erlasses lautet:

Die neue Regierung hat es von Anfang an weit von sich gewiesen, Beamte oder Lehrer ihrer politischen Geinung wegen zu verhaften. Am so bezeichnender wirken die neuerdings in der Presse sich häufenden Mitteilungen darüber, daß freiheitlich oder sozialistisch geantete Lehrer von ihren unmittelbaren Vorgesetzten ihrer Gesinnung wegen drangsaliert werden. Ich werde in jedem betrieuen Fall, der zu meiner amtlichen Kenntnis kommt, unabhichtlich gegen die schuldigen Vorgesetzten einschreiten.

Die Lehrer sind berechtigt, in solchen Fällen ohne Annehaltung des Dienstweges, aber unter gleichzeitiger Fortgabe einer Abschrift der Eingabe auf dem vor geschriebenen Dienstwege, sich beschwerdeführend direkt an mich zu wenden.

Dieser Erlass kommt spät. Denn die Fälle, von denen er spricht, liegen teilweise bereits vier Monate zurück. Aber spät ist besser als gar nicht. Besser aber nur unter der Bedingung, daß es nicht bei diesem Erlass bleibt, sondern daß man im Kultusministerium auch sowohl die Absicht als auch die Macht hat, im Sinne dieses Erlasses energisch durchzugreifen.

Die reaktionären und halbliberalen Direktoren und Direktoren werden, unterstützt von den Geheimräten der Provinzialschul kollegien, alles tun, um den Tatbestand in jedem einzelnen Fall zu verschleiern und für die „Drangsalierungen“, die aus politischen Gründen erfolgten, andere Gründe vorschreiben. Müht man sich im Kultusministerium auf diese Weise überdrehen und einschüchtern, so wird der wahrgemeinte Erlass ein bedeutungsloses Stück Papier bleiben.

Es wird es auch dann bleiben, wenn man sich den Direk toren und Geheimräten gegenüber mit halben Maßnahmen be gnügt, die sich solche „Drangsalierungen“, von denen der Erlass spricht, auch nur im geringsten haben zurückhalten lassen. Schuldspotten mit solcher Gesinnung müssen entfernt werden! Verweise und Entlassungen dürfen nicht. Um so mehr, als gerade in dem ganzen dem Kultusministerium unterstehenden Verwaltungssapparat die Vertreter des alten, reaktionären und verhaßten Schulregimes derart die Ueberhand behalten haben, daß es höchst notwendig erscheint, daß eine ganze Reihe von ihnen entfernt wird.

Wird in diesen Stellen der mittleren Schulbehörden alles beim alten, so wird das Kultusministerium durch ihre passive und aktive Resistenz so sehr gehindert werden, daß selbst die best gemeinten Erlasse gar nicht oder schädlich wirken werden.

Wirden sie in dem ältenden Dämmerlichte sehen, um über Danko herzusinken. Der Wald erbeite in einem jubelnden, stolischen Brausen...

„Du Skender, der du uns so verführt!“ riefen sie aus. „Du hast uns ins Verderben geführt — du mußt sterben...“ Blitz und Donner beschäftigten dieses Urteil.

„Ihr waltet, ich fühle euch führen, und so habe ich euch geführt!“ antwortete er ihnen. „Ich fühle die Kraft in mir, euch den Weg zu weisen, und deshalb habe ich euch geleitet. Ihr aber, was lalet ihr? Ihr verachtet es nicht einmal, euch Mut und Kräfte für einen längeren Weg zu bewahren. Ihr folgtet nur mir allein, folgtet mir wie eine Herde Schafe!“

Diese Worte entsetzten ihre Mut nur noch mehr.

„Du sollst sterben! Sterben sollst du!“ grühte es auf allen Seiten.

Und der Wald rauschte unruhlich, als wolle er ihre Worte bekräftigen. Und zresse Blitze gerissen und geretzten das Dunkel der Nacht.

Danko blickte auf sie, für die er sich gemüht, und mußte erkennen, daß sie jetzt wider Tieren ständen. Viele Männer hatten ihn umringt. Doch auf seinem Willig vermochte er Seelenadel zu entdecken. Auch sah er ein, daß er von niemand Gnade zu erwarten habe. Und da... auch in seinem Herzen erwachte ein Sturm der Empörung über diese Verblendeten. Doch das Mittel zu dem Volke verdrängte seine Erregung. Er liebte diese Menschen und erwog, daß sie ohne ihn wohl umkämen. Und wieder erwachte das heisse Verlangen in ihm, sie zu retten und auf den rechten Weg zu leiten, und der Wang dieser Blutz strahlte aus seinen Augen. Als sie nun das gewählten, meinten sie, er sei wutentbrannt, und sie drängten sich eng zusammen, um ihn fester überwältigen und erschlagen zu können. Er aber hatte sie schon verstanden, und in seinen Augen glühte es um so heißer, denn das Weh um sein Volk wollte ihm das Herz zerbrechen...

Und unaussprechlich proste der Donner... die Blitze zuckten... der Regen erschick sich in Strömen... Und noch immer sang der Wald sein dämmendes Lied...

„Was könnte ich nur für diese Menschen tun?“ überdante seine Stimme das Sturmesbrausen.

Und da... er griff zu sich mit den Händen die Brust rih sein Herz heraus und hob es hoch über den Kopf.

Und es leuchtete so hell wie die Sonne, ja noch heller... und der ganze Wald verstrahlte, und schwebte, erleuchtet von der Hadel der letzten Menschenkäte. Das Dunkel mußte diesem Glanze weichen — in der Tiefe des Waldes verlauf es in dem

Gemeindervertreterkonferenz der U. S. P. D. des Kreises Tellow-Beslow.

Die Gemeindervertreter unserer Partei des Kreises Tellow-Beslow trafen am Sonntag im Sitzungssaal des Neubauer Rathhauses zu einer Konferenz zusammen. Zunächst referierte Genosse Vogt über:

Unsere Aufgaben in der Gemeinde.

Eingang seines instruktiven Vortrags betonte Genosse Vogt, daß neben der politischen Arbeit eine energische Agitation für Aufhebung der Verhältnisse im Sinne unserer sozialistischen Gemeindeforderungen erforderlich sei. Die von den früheren Gemeindervertretern gewählten Schöffen müßten zum Rücktritt gezwungen werden.

Der Redner vertiefte sich dann über die einzelnen Arbeitszweige in den Gemeinden und gab Anleitungen und Anregungen für die Durchsicherung unserer grundsätzlichen Forderungen. Die Schule muß der Jugend aller sozialen Schichten die gleiche Bildungsmöglichkeit geben. In der Schaffung der hierzu notwendigen Einheitschule legt die Regierung eine Unfähigkeit und Energielosigkeit an den Tag, die bei allen sozialistischen Anstrengungen eigen ist. Einen gewissen Einfluß auf den Inhalt des Unterrichts vermögen die Schuldeputationen auszuüben. Die Unvergleichlichkeit der Lehrmittel darf nicht von der Pedantik abhängig gemacht werden, sie muß objektiver sein. Die ärztliche Schulaufsicht muß sich auch auf die Prüfung der Schulräume und Einrichtung der Klassen sowie der Anwendung der Lehrmittel, wie auch auf die Befreiung der natürlichen Anlagen und Fähigkeiten der Kinder erstrecken.

Die Armenpflege muß in dem Bewußtsein einer Pflichterfüllung der Gesellschaft gegenüber den Armen geleistet werden. Solange das Wohnumwesen nicht sozialisiert ist, haben die Gemeinden die Pflicht, Wohnungen zu schaffen und eine Wohnraumkontrolle auszuüben. Bei der anzuhaltenden Entwicklung des Gemeindefortschritts an Grund und Boden kann die Grundbesitzsteuer mit sehr gutem Erfolg angewandt werden.

Die öffentliche Gesundheitspflege werde Einsparnisse auf anderen Gebieten, wie Kranken- und Armenwesen, ermöglichen. Bei Vergebung der öffentlichen Arbeiten kann sehr mit der vielfach herrschenden Wertschwundwirtschaft aufgespart werden. Diese Arbeiter sind nach Möglichkeit in eigener Regie anzuschließen. Das Beschäftigungswesen muß seines natürlichen Charakters entledigt werden, als eine öffentliche Angelegenheit, zu einer Gemeindefrage werden. Auf hygienischen und wirtschaftlichen Gründen ist die Gewerbeleitung anzustreben, die auch die Unvergleichlichkeit der Verhältnisse leichter durchzuführen läßt. Auch auf die Polizeiverwaltung muß ein einschneidender Einfluß ausgeübt werden. Die direkte Besteuerung ist der einzig vernünftige Weg, Einnahmen zu schaffen. Nicht aus der Hand der Erhebung des Steuerzahlers dürfen wir wichtige Aufgaben vernachlässigen. Unsere Steuerpolitik muß darauf gerichtet sein, die eckigen Steuerstufen zu erhöhen. Durch Steigerung der Grundsteuer muß der Besitz für den Eigentümer unrentabel gemacht werden. Alle Steuern, die nicht den Besitz und das Einkommen treffen, sind zu beseitigen, somit auch die indirekten Steuern. Zum Schluss sprach sich der Redner für die Bildung einer Kreis-Verbands-Gemeinschaft und für die Erhaltung der kommunalen Arbeitervereine aus.

An der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine ausführliche Diskussion an, in der die verschiedensten Fragen der Gemeindeforderungen behandelt wurden. Einen breiten Raum der Erörterungen nahm das Verhältnis unserer Gemeindervertreter zu den bei rechtsstaatlichen Parteien ein. Es wurde unter Hinweis auf bestimmte Beispiele dargelegt, daß es eine doppelgängige Politik treiben und somit ungenügend sind. Hier bekräftigte sich der Ausdruck des Bedauerns, daß der, wer einmal seine Grundzüge in der Politik ausgesprochen, auch seinen Charakter verloren habe. Eine Arbeitgemeinschaft mit den Gemeindervertretern der U. S. P. D. zu bilden, sei infolgedessen einfach unmöglich. Dagegen wurde von einigen Rednern betont, worin in einzelnen Fragen, der politischen Gemeindeforderungen mit den rechtsstaatlichen Gemeindeforderungen gemeinsam vorzugehen seien. Es wurde grundlegendes Material bereit. Über einstimmend brachten die Redner zum Ausdruck, von dieser Regierung sei nicht zu erwarten, daß sie den Gemeinden die zur sozialistischen Arbeit erforderlichen Rechte verschaffen werde. Dabei die Regierung es doch, daß beispielsweise trotz der großen Wohnungsnot die Spekulation das Baumaterial an sich bringen, um es zu veräußern zu verschauern. Hier, wie in der Frage der Erhaltung des Bauhandwerks und Gebäuden, ist vor allem ein entsprechendes Gesetz notwendig. Bei den Erörterungen der Wirtschaftspolitik, die im gegenwärtigen Kampfe. Das Volk aber stand vor Schreck wie versteinert.

„Licht und Gestalt“ rief Darlo run aus und stützte an die Spitze auf seinen Hüterpaß — Licht in der Hand hielt er das glühende Herz, mit dem er ihnen den Weg zeigte.

Gebendet und den Knien ergötzt, stützte sie ihm nach. Da ging wieder ein Mann durch den Wald, der erkannt seine Wipfel schüttelte. Doch sein Brauen wurde überdunkelt von dem Stampfen der fortwährenden Reihchen. Denn alle eilten ihm nach und unerhördlich nach — der wunderbare Anblick des Kammerden Herzens rief sie mit zauberischer Gewalt fort. Auch jetzt noch sanken zahllose Opfer um. Doch ohne Wunden und Tränen gingen sie in den Tod. Allen voran stürzte Danko dahin, und sein Herz glühte und leuchtete.

Bei einem Male aber tat sich der Wald vor ihnen auf und schloß sich hinter ihnen als feste, summe Mauer, und mit dem ganzen Werte schrie sie sich Darlo in das Meer von Sonnenglanz und Licht. . . in die vom Regen gereinigte Atmosphäre . . . in die feinstoffliche mit nützlichen Tönen gesättigte Luft . . .

Das Sturmwehler lag hinter ihnen. Auch über dem Walde strahlte die Sonne. Die hier die wogende, blumenüberfüllte Steppe lächelte mit ihrem verblühten Glanze. . . Der Hühler schimmerte wie in Goldlicht gebadet, und Myriaden perlender Regentropfen funkelten in Glanz.

Es wurde Abend, und die Strahlen der untergehenden Sonne färbten den Himmel rot. . . so rot wie das Blut, das aus Dankos gefüllter Brust ungeschluckt hervordröhte.

Nach einem leichten Nicker auf der weiten, weißen Steppe . . . auf das freie Leben seines nun zufriedenen Volkes . . . und Danko, sein Herz und Götter, sank nieder und gab den Geist auf.

Die zahllosen und hoffnungslosen Menschen aber brachten keinen Tod nicht und bemerkten es nicht, wie Danko auf dem Berg nach neben dem Leichnam leuchtete. Nur einer sah es und trat zu; blickte auf das stolze Herz. Und es zerfiel in Funken und erlosch . . .

Tage die blauen Wälder, die vor dem Sturme aufstanden und zugehoben durch die Steppe herein!
Die Stimme lort in der Ferne rauschten sanft, und in dem mit feinem Blau besetzten Gasse lächelte es leicht . . .

Deutsch von G. Delfe.

Sonntagskonzert in der Freien Volksbühne.

Obwohl am Sonntag kein Publikum ankam, so war doch am Sonntag in der Freien Volksbühne das Klingler-Quartett, das die Mozart- und Wagner's. Die ursprünglich geplanten drei Aquavivisten

allgemeinen mehr den Interessen der Landbesitzer Rechnung tragen, sei die entsprechende Mittelung der Arbeitervereine erforderlich. Des weiteren sprach man sich gegen die Einwohnerversammlung aus, für die die Gemeinden keinen Plening bewilligen dürften. Angeregt wurde, die Erziehung der vorzubereitenden Jugend durch Kinderzärtler zu fördern und eine großartige und treffliche Bildungsarbeit zu leisten. Die Schaffung eines Groß-Berlin dürfte nicht zur wirtschaftlichen Erhellung der außerhalb Groß-Berlins liegenden kleinen Gemeinden führen. Die Feier des 1. Mai müsse sich auch auf die Schulen erstrecken. Als ein

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Werdet zum Monatswechsel Abonnenten für Euer Blatt, die „Freiheit“!

Reichen der Rückständigkeit der „sozialistischen“ Regierung stellte Genosse Reumann-Kornemann mit, daß die Regierung die Gemeindeforderungen zurückwider habe, eine sozialistische Schule zu errichten, da im Orte 25 katholische Kinder vorhanden seien.

Wiederholte wurde angeregt, detaillierte Konferenzen des Steuerabwärtens und der Gemeindeforderungen bezugsweise zusammen zu berufen, um ein gemeinsames Vorgehen in einzelnen Fragen, wie die der Kommunalisierung des Bauhandwerks, Ernährung, und Beschäftigungswesen, sowie der Wasserwerke und ähnlicher Anlagen zu ermöglichen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die zur Hälfte aus Vertretern größerer Städte und zum anderen Teile aus Vertretern kleinerer Ort besteht, die Maßnahmen ausarbeiten, praktische Anleitungen erteilen und Konferenzen veranstalten soll. In den Anschlag wurden genannt: Laumann-Reuß, Kowalewski-Charlottenburg, Wernicke-Schöneberg, R. Schom-Stierlich und Fredenango-Treptow, sowie Klauhner-Stolow, Hofmann-Tannenberg, Urban-Teltow, Richter-Mariendorf und Härding-Neudorf. Schließlich wurde folgende

Resolution

„Einstimmig angenommen: Anlässlich der bevorstehenden Kleinwohnungsnot werden die Vertreter der U. S. P. D. in den Gemeinden verpflichtet, dafür Sorge zu treffen, daß auf dem allerbilligsten Wege dieser traurigen Zustand beseitigt wird. In den in nächster Zeit stattfindenden Gemeindeforderungen sind entsprechende Anträge zu stellen.

Ferner werden unsere Vertreter aufgefordert, dahin zu wirken, daß der 1. Mai, sowie auch der 8. November als Außer-Partei- und Erntefest und durchgeföhrt werden.

Die Partei und Erntefestvereine verpflichten sich, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß den kommunalen Arbeitervereine die nötige Stellung zuteil wird die sie im Interesse der Arbeiterklasse wie auch der Revolution zu erfüllen haben. In der Existenz der kommunalen Arbeitervereine ist unbedingt festzuhalten.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wurde das zweite Referat über die kommunalen Arbeitervereine von der Tagesordnung abgesetzt. Es soll als 1. Punkt einer baldigst einzuberufenden zweiten Konferenz behandelt werden.

Aus der Parteipresse.

Babatsch, 20 März. (Meldung des Ungar.-Korr.-Bureaus) Das deutsche Organ der ungarischen Sozialistenpartei, die „Volksstimme“, welche bisher dreimal wöchentlich erschien, erscheint vom 1. April als Tagesblatt.

Die soeben erschienene Nr. 8 der unabhängigen sozialdemokratischen Monatschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Wohin geht die Fahrt von A. Reichel; Der Parteitag der Unabhängigen und die Verhandlung der Wirtschaft von A. Pacht; Reichel'sche Anzeigen und Artikelangelegenheiten, zwei Beiträge von A. Werthauer und H. Simon; Parteiverhältnisse in Dänemark von G. T. Elshöj.

Die Zeitschrift „Der Sozialist“ erscheint einmal wöchentlich und kostet vierteljährlich 5 Mk., Einzelnummern 50 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Expeditionen der „Freiheit“ oder direkt beim Verlag: T. Weltlich, R. H. Rosenstr. 18.

mühten, da einer der Spieler erkrankt war, durch Klavierquartette ersetzt werden. Das wunderbar reine, zarte Spiel der Künstler (Professor Karl Klingler — Geige, Richard Heber — Bratsche, Max Widner — Cello, Dora Höfler — Klavier) machte das Konzert zu einem hohen Genuß und der rauschende Beifall, der besonders Karl nach dem zweiten Satz des Brahmsischen Quartetts erlosch, bewies, mit welcher Dankbarkeit das Publikum der Freien Volksbühne die klassische Musik ansah. Die Musiker stellten sich mit Einpaß in den Dienst der Sache; Klinglers meisterlich gespielte Geige vereinigte sich mit Reichel's, Cello und dem von Dora Höfler weich und innig gespielten Klavier zu herrlicher Klangschönheit.

Moskoff steht im Stadthaus.

Zum zweiten Mal las am Sonntag Alexander Moskoff vor den Arbeitern Berlins. Es braucht hier nicht mehr gesagt zu werden, aber die Kunst seines Vortrags, die Schönheit seiner Stimme, all das ist bekannt und kaum noch bestritten.

Was das besonders dieser Vortragsmittage ausmacht, ist etwas anderes, etwas, das über die Kunst des großen Schauspielers hinausgeht, etwas, das seiner Kritik unterliegt. Hier spricht weniger ein Schauspielers vor seinem Publikum, als ein Mensch zu Menschen. Ganz schlicht und einfach laut er, was er weiß. Er erzählt und er singt seine Melodie nicht um zu gefallen, nicht um zu zeigen, was er kann, sondern um Menschen, Brüdern und Schwestern recht erdringlich ins Herz zu reden.

Die stehn da, erregt, nicht wie ein Publikum, nicht wie eine belächelte Zuschauerschaft, sondern wie eine Gemeinde. Nicht aufmerksam, sondern anhänglich. Die große Halle des Stadthauses ist überfüllt in den Gängen, den Nischen, den Wandhöfen stehen die Zuhörer. Viele ohne Moskoff leben zu können, haben so da mit geschlossenen Augen und lauschen dieser Stimme, die zu ihnen spricht.

Diese Halle ist kein Vortragssaal, wie andere. Sie gleicht einer Versammlung, einer Versammlung, einem öffentlichen Marktplatz. Ohne Türen. Die Leute kommen und gehen ungehindert. So mögen die Bürger eines Gemeinwesens in früheren Zeiten sich versammelt haben in ihrem Rathhaus, das sie sich gebaut hatten.

Diese andächtige Zuschauerschaft, die sich hier am Sonntag mittig im Stadthaus versammelt um Geistes, Tatkraft, Verharren zu hören — sie bietet ein Bild kommenden Zeiten. So wollen und sollen Arbeiter leben! Und es ist Sozialismus — und nicht der unmittelbare Teil.

Wir freuen uns, daß es ein großer Schauspieler ist, der in Berlin den Anfang damit macht.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Krankenkassenangestellten.

Der Verband der Bureauangestellten ist mit dem Verband der Krankenkassen Groß-Berlins in Verhandlungen eingetreten, um eine den Verhältnissen entsprechende Ausbesserung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Hilfsarbeiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse von Berlin anzustreben. Der Verband der Bureauangestellten forderte als Gehalt für Angestellte Gruppe 1: 4200—6900 Mk., Gruppe 2: 3000—5400 Mk., dazu einen Wohnungszuschuß von 10 Prozent für Unverheiratete und 20 Prozent für Verheiratete; für weibliche Angestellte: Gruppe 1: 3000—5000 Mk., Gruppe 2: 2400—3000 Mk. und einen entsprechenden Wohnungszuschuß. Die Einordnung der Angestellten in die neuen Gehaltsgruppen soll entsprechend den bisher vertraglich angerechneten Dienstjahren erfolgen. Ferner wurde der fünftägige Arbeitsstag gefordert. Für Hilfsarbeiter soll bei Minderehalt der zweiten Gehaltsklasse gelten.

Weiter die Verhandlungen beziehen in einer am Freitag abgehaltenen Versammlung der Kassenangestellten und Bureauangestellten der Krankenkassen Groß-Berlins sei bereit, den Gehaltsforderungen im allgemeinen zuzustimmen. Ein Wohnungszuschuß soll nur den Verheirateten in Höhe von 10 Prozent gezahlt werden. Die Hilfsarbeiter könnten jedoch den Beamten nicht gleichgestellt werden. In der Frage der Arbeitszeit steht der Verband der Krankenkassen auf dem Boden des Achtstundentages; er würde aber in eine 7 1/2 stündige Arbeitszeit einwilligen. Die Verhandlungen über die weiblichen Angestellten und Hilfsarbeiter sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

In der Diskussion, die sehr eingehend und teilweise sehr erregt war, wurde dem Verband der Bureauangestellten vorgeschrieben, daß bei den Verhandlungen die Interessen der Hilfsarbeiter nicht vertreten werden seien. Ein Redner forderte, daß zu den weiteren Verhandlungen auch die Betriebsräte hinzugezogen werden. Die Debatte brachte unabweislich zum Ausdruck, daß die überwiegende Mehrheit der Versammlung gewillt ist, an den Forderungen, insbesondere der fünftägigen Arbeitsstages, festzuhalten und sie mit allen geeigneten Mitteln, eventuell auch mit dem des Streiks, durchzusetzen, obwohl einige Redner, auf die Dienstrechnung hinweisend, ermahnten, den Weg der Verhandlungen nicht zu verlassen. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Antrag Annahm angenommen, der verspricht, daß die Verhandlungen auf ihren Forderungen beharren, die als Minimalforderungen bei den weiteren Verhandlungen zu gelten haben. Innerhalb einer Woche seien sie zum Abschluß zu bringen. Danach soll über die zu unternehmenden weiteren Schritte entschieden werden. Die Fortführung der Verhandlungen wurde der Brandentscheidung überlassen.

Ferner wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die auf die weiteren Proteste gegen das Wüten der Rossegarben. Die Versammlung verlangt die Entfernung der Preussischen Normalen, und sie lehnen es ab, in Zukunft mit ehemaligen Soldaten zusammenzuarbeiten.

Zentralverband der Fleischer. Dienstag, 1. April, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung der Centralverwaltung Groß-Berlin in Köhners Resthallen, Weberstr. 17. Tagesordnung: „Nationalismus und Gewerkschaften“.

Versammlungen.

Vierter Kreis.

Der Arbeiterverein des 4. Kreises hielt am Sonntag vormittag in den Konfessionslosen eine Parteiverammlung ab, um dem Bericht vom Parteitag entgegenzunehmen. Der Referent, Genosse Janner, erklärte in seinem Bericht die Referate der Genossen Haase und Baumig als den Höhepunkt des Parteitages. Nach seiner Meinung werde die Politik der jetzigen Regierung nicht bald die Erregung der Arbeiterklasse zeitigen. Eine vorübergehende Diktatur des Proletariats sei nötig, um den Ueberhang in den sozialistischen Staat zu ermöglichen. Der große Beifall, den Baumig auf dem Parteitag erhielt, beweist, daß eine große Mehrheit seinen Standpunkt teilt. Redner laßt seine Auffassung dahin zusammen, daß der Parteitag der Partei einen gewissen Aufschwung gegeben und appelliert an die Versammlung, alles zu tun, um die Forderungen des Parteitages zu verwirklichen.

In der regen Diskussion erklärte der Genosse Grün als Resultat des Parteitages für ungenügend. Die Zeichen der Zeit seien nicht vorhanden worden. Baumig allein habe den Standpunkt des Nationalismus vertreten. Das Nationalismus werde sich unter allen Umständen durchsetzen; dann hätten wir auch die Zersetzung des Proletariats — Gen. Glah ist im allgemeinen mit dem Parteitag zufrieden. — Gen. Siegle kritisiert die Haltung der Delegierten des 4. Kreises bei einem Änderungsantrag betreffend der Arbeitervereine, wodurch derselbe abgelehnt worden sei. Mit Rücksicht darauf, daß man der Stimmung in der Provinz Rechnung tragen mußte, könne er sich mit dem Parteitag zufrieden geben. — Gen. Wähner steht in der Erklärung der Gewerkschaftskommission in bezug der Streikverhinderung im „Vorwärts“ vom 27. 3. schon einen Erfolg des Parteitages im „Vorwärts“ an. Nach seiner Ansicht werde die Frage des Nationalismus nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Auch er kritisiert die Delegierten des 4. Kreises, von denen nicht einmal alle vollständig gewesen seien. Die Nichtbeteiligung der U. S. P. am Zentralrat erklärt er als einen großen Fehler. — Genossin Kahrenwald mündet, daß die Partei sich nicht mehr ungenügend beschäftigt zulasse. Entgegen der Genossin Reichel stellt sie für die Lesende ein. Sie bittet, daß für die neue Frauenzeitschrift „Die Kämpferin“ die größte Propaganda entfaltet werde. — Gen. Ostrowski ist der Ansicht, daß sich die führenden Genossen nur zögernd radikalisieren könnten, während andererseits sehr verdiente Genossen in großer Zahl in den Kommissionen übergingen. Die Frauenlesende seien zur Zeit nicht mehr am Zuge. Es dürfe keine Sonderstellung der Frau in der Partei geben.

Ein Verlagsantrag wird hieran abgelehnt. Der Vortragende, Gen. Paul Hoffmann, verließ dann eine Resolution, wegen die von verschiedenen Seiten protestiert wurde, da sie erst am Schluß der Debatte eingebracht worden sei.

Nach einer stürmischen Gedächtnisrede, in deren Verlauf der Antragsteller die Resolution zurückzog, schloß der Vorsitzende nach 1 Uhr die Versammlung.

Konferenz. Die am 28. März tagende, leider nur schwach besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der U. S. P. D. nahm den Bericht des Genossen Künigler-Konrad über den Parteitag entgegen. Der Referent behandelte die Tagesordnung des Parteitages in sehr eingehender und leicht verständlicher Weise, durch eigene Anschauung ergänzend und erläuternd. Eine Diskussion geistigte der Antrag Reichel'sche betr. Annäherung der Gewerkschaften. Genosse Reumann-Kornemann wies mit Recht darauf hin, daß die Ereignisse der Zeit es so wie so mit sich bringen werden, daß alle großen Verrückten dem Staat anheimfallen werden. Als recht bedauerlich werden die Vorgänge beim letzten Punkt des Parteitages: Verharren, bezeichnet, was die vorherige Parteimehrheit in recht bedauerlicher Weise nicht habe. Wir wollen nicht in den Fehler einer bekannten Partei verfallen, wo die Führer ungebildet ihre eigenen Wege gehen konnten, die Führer sollen das Wohl des Ganzen im Auge haben, nicht aber lediglich ihre persönlichen Ziele. Folgende Resolution des Genossen Glah

